Zeitschrift: Horizonte : Schweizer Forschungsmagazin

Herausgeber: Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung

Band: 28 (2016)

Heft: 111

Artikel: Auf der Suche nach fairer Forschung

Autor: Ogodo, Ochieng'

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-772186

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Auf der Suche nach fairer Forschung

Westliche Forschende sollten ihren Partnerteams im Süden mehr Verantwortung übertragen.
Von Ochieng' Ogodo

Forschung ist global. Und wer Lösungen für Probleme in Entwicklungsländern sucht, stösst zwangsläufig auf Themen wie Klimawandel und Migration, die den Westen ebenso betreffen. Der Erfolg dieser «Forschung für Entwicklung» wird wesentlich davon abhängen, ob Institutionen im Norden und Süden effizient zusammenarbeiten. «Die Forschungskapazitäten im Süden wurden in den letzten 15 Jahren gestärkt», erklärt Gilles Carbonnier vom Genfer Graduate Institute of International and Development Studies. Länder wie Ghana, Indonesien, Peru, Südafrika und viele weitere Länder des globalen Südens sind reicher geworden, die Grenzen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, zwischen Reich und Arm sind fliessender. Auch das internationale Forschungsumfeld wandelt sich.

Ungleichheiten bleiben jedoch auf vielen Ebenen bestehen: «In Forschungspartnerschaften spüren wir ähnliche Spannungen wie zwischen Gebern und Empfängern in der Entwicklungszusammenarbeit. Die Geber wollen oft ihre Ideen und Bedingungen durchsetzen», sagt Carbonnier.

Schlüsselfragen sind hier: Wer wählt die Forschungsprojekte aus, und wem kommen die Ergebnisse zugute? Wie wird der Nutzen verbreitet, und wie lässt sich Zusammenarbeit in einem gesellschaftlichen System fördern? Und: Wer entscheidet, wohin das Geld fliesst?

Wer zahlt, befiehlt

Tief verwurzelte Gewohnheiten und Machtverhältnisse prägen gemäss Carbonnier internationale Partnerschaften: «Faire Forschungspartnerschaften aufzubauen erfordert Zeit und Ressourcen. Es besteht der Druck, Ergebnisse rasch in – englischsprachigen – Fachzeitschriften mit Peer-Review-System zu publizieren, die im Norden erscheinen. Forschungsgelder sind zudem hart umkämpft.» Das Spannungsfeld zwischen dem Anspruch, sichtbare akademische Spitzenforschung zu betreiben oder aber langfristige Ziele wie den Kapazitätsaufbau zu priorisieren, steht im Zentrum der Debatte über Nord-Süd-Forschungspartnerschaften. «Partner im Süden beharren zunehmend auf fairen Forschungspartnerschaften. Zentral ist, lokalem Wissen mehr Raum zu geben und vielfältigere ‹Wissensökologien› zu akzeptieren – und damit auch, dass ein anderer Kontext zu Ergebnissen führen kann, die nicht immer den Erwartungen im Norden entsprechen», erklärt Carbonnier.

> «Die Geber wollen oft ihre Ideen und Bedingungen durchsetzen.»
> Gilles Carbonnier

Laurent Goetschel von der Universität Basel, ehemaliges Mitglied des Direktoriums des schweizerischen Nationalen Forschungsschwerpunkts «Nord-Süd» und Präsident der Kommission für Forschungspartnerschaften mit Entwicklungsländern (KFPE), meint dazu: «Die meisten Nord-Süd-Projekte beinhalten strategische Elemente. Dafür zu sorgen, dass Forschungspartnerschaften trotz unterschiedlicher gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Kontexte funktionieren, ist eine Herausforderung.»

Eine erste Frage ist entscheidend: Wer bestimmt die Agenda mit den Forschungsprojekten? «Lange Jahre entschieden darüber vorwiegend die Geldgeber», erklärt Benjamin Apraku Gyampoh, Programm-Manager an der African Academy of Sciences (AAS) in Nairobi. Seines Erachtens prägen die ungleichen Geber-Empfänger-Beziehungen der internationalen Zusammenarbeit auch viele Forschungspartnerschaften. «Bekanntlich kursiert die Irrmeinung, dass Geber nicht nur Geld besitzen, sondern auch alles Know-how, und sie deshalb am besten wissen, wie das Geld einzusetzen ist.» Doch trotz Ressourcen und guter Absichten verstehen die Geber das Arbeitsumfeld des Empfängers vielleicht nicht, und sie wollen sich damit nicht auseinandersetzen. «Forschungspartner – Geber und Empfänger – müssen voneinander lernen,

Eine kurze Geschichte der Schweizer Kooperationsforschung

1776

Der Schweizer Johann Wäber segelt als offizieller Expeditionsmaler mit James Cook um die Welt. Es ist die dritte Weltumsegelung des Briten, der die ersten modernen wissenschaftlichen Entdeckungsreisen unternimmt. Hinter den Reisen stehen aber auch handfeste ökonomische Interessen: Es geht um das Optimieren der Handelswege und der florierenden Plantagenwirtschaft im Süden. Wäber wird seine ethnografische Sammlung vor seinem Tod der Stadt Bern vermachen – es ist der Gründungsakt des Bernischen Historischen Museums.

[⊕] Nicht allen «entdeckten» Gesellschaften wird umgehend der westliche Stempel aufgedrückt. Gerade China ist dem Westen wissenschaftlich überlegen, die Entdeckungsreisenden übernehmen sehr viel Know-how und bringen es mit nach Hause.

Das Amalgam aus lokalem und mitgebrachtem Wissen, beispielsweise in der Medizin, bezeichnet man heute als «Pidgin Knowledge»: die Hierarchien des Wissens spiegeln nicht zwingend die Herrschaftsverhältnisse. So funktioniert die britische Ostindien-Kompanie nur, weil die Verwaltung auf die Kenntnisse zahlreicher lokaler Experten baut.

Erst im folgenden Jahrhundert wird die britische Herrschaft auch in technisch-wissenschaftlicher Hinsicht dominant. In der Wissenschaftsgeschichte wird diese Entwicklung unter dem Stichwort «Tools of Empire» diskutiert: westliches Wissen wäre demnach mitverantwortlich nicht nur für die Beherrschung, sondern in der Folge auch für die Unterentwicklung der Dritten Welt.

1815

Die Schweizerische Naturforschende Gesellschaft (SNG, später Akademie der Naturwissenschaften Schweiz) wird gegründet. Zunächst konzentriert sich der Aktionsradius der Gesellschaft auf die Schweiz. Doch die Faszination des Exotischen wächst, auch für Forschende. Die überlegene, observierende Position paart sich mit einer Verklärung des Primitiven als Hort der Unschuld. Beispielhaft dafür sind die Celebes-Expeditionen in Indonesien der Basler Fritz und Paul Sarasin Ende

des 19. Jahrhunderts. Die Vetter sind heute vor allem als einflussreiche Natur- und Völkerkundler und Nationalparkgründer in Erinnerung, doch waren die Expeditionen eng verstrickt mit den Kolonialherren und dienten deren Interessen.

[⊕] Mit dem Protestantismus der neuen Kolonialmächte und damit einhergehend einem sich wandelnden Bild der Sklaverei kommt der Entwicklungsgedanke auf. Es konstituiert sich das Selbstverständnis des zivilisierten und fortschrittlichen Europäers gegenüber unterentwickelten Gesellschaften und damit allmählich auch eine neue moralische Richtschnur, «The white man's burden»: Eroberte Länder dürfen nicht einfach nur ausgebeutet werden, man muss sie «entwickeln».

1943

Der Naturwissenschaftler, Anthropologe und Fabrikantensohn Rudolf Geigy gründet das Schweizerische Tropeninstitut, zu Beginn ein methodologisches und thematisches Sammelsurium unter dem noch wenig klar umrissenen Begriff der «Tropen».

[⊕] Nach dem Zweiten Weltkrieg ist die Schweiz in ungemütlicher politischer Lage: Neutralität wird zum Reizwort im internationalen Kontext, der Schweiz wird ihr Opportunismus im Krieg vorgeworfen. Als Reaktion entwickelt sich eine neue aussenpolitische Maxime: Neutralität und Solidarität.

Präsident Harry Truman gibt in seiner Antrittsrede 1949 mit einem wissenschaftspolitischen Manifest («Point Four») den Startschuss der globalen Entwicklungshilfe: «Wir müssen ein mutiges neues Programm in Angriff nehmen, mit dem wir die Vorteile unserer wissenschaftlichen und industriellen Fortschritte für die Verbesserung und das Wachstum in wenig entwickelten Gegenden nutzen. Erstmals in der Geschichte besitzt die Menschheit das Wissen und die Fähigkeiten, die Not dieser Menschen zu lindern.» Leitbegriff dieser Position wird die «Technische Hilfe».

1950

Die Schweiz unterstützt das Expanded Program of Technical Assistance (EPTA) der Uno und sendet Schweizer Ingenieure in Länder Asiens und Lateinamerikas. Gleichzeitig etabliert die SNG eine Forschungsstation in Adiopodoumé (Elfenbeinküste), fünf Jahre später folgt das Swiss Tropical Institute Field Laboratory in Ifakara (Tansania). Das Ziel ist,

wie sie Systeme entwickeln, anpassen und fördern können», ergänzt Gyampoh. «In der Landwirtschaftsforschung sollten die Bauern die Forschungsinhalte bestimmen», ist Professorin Ngozi Ifeoma Odiaka von der Universität für Landwirtschaft in Makurdi (Nigeria) überzeugt.

Die AAS gründete 2015 die Alliance for Accelerating Excellence in Science in Africa, die von Institutionen wie dem britischen Departement für Internationale Entwicklung, dem Wellcome Trust und der Bill and Melinda Gates Foundation unterstützt wird. Diese Geber sehen laut Gyampoh, dass der Schwerpunkt der Forschungsentscheide und -ressourcen von Europa und Amerika nach Afrika verlagert werden muss.

> «Zentral ist, lokalem Wissen mehr Raum zu geben und vielfältigere ‹Wissensökologien› zu akzeptieren.»
>
> Gilles Carbonnier

Die Person, die einem Geber gegenüber für ein Projekt verantwortlich ist, muss gemäss Goetschel mitentscheiden. «Ideal wäre eine gemeinsame Verantwortung von Forschenden im Süden und Norden gegenüber einer gemeinsamen Geberinstitution oder von jedem Partner gegenüber seinem Geldgeber.» In der Praxis hingegen kommen die meisten Mittel aus dem globalen Norden, der damit auch das letzte Wort hat. In Richtlinien von Partnerprojekten sollten jedoch Regeln festgelegt werden, die dem Partner im Süden die Möglichkeit gemeinsamer Entscheidungen einräumen.

Fairness in der Forschung

Ein weiterer schwieriger Punkt ist laut Gyampoh die Quantifizierung der Ressourcen von Empfängerorganisationen, die sich nicht nur finanziell einbringen. Zum Beispiel stellen afrikanische Regierungen Büros, Einrichtungen, Löhne und Sozialleistungen für Forschungsinstitute zur Verfügung, die aber als «Input» schwierig zu beziffern sind. So kann bei den Gebern der Eindruck entstehen, dass ihre Partner nichts beitragen, was ihre Beziehung trüben kann.

Gyampoh ist überzeugt, dass faire Forschung möglich ist, falls sie auf der richtigen Art von Beziehungen und Partnerschaft beruht. Geber und Forschende vor Ort sollten nicht erst nach dem Einreichen eines Prokjektantrags miteinander sprechen, sondern lang vorher, falls sie faire Forschung anstreben.

An einem Punkt gehen die Meinungen auseinander: Wer soll Forschungsergebnisse nutzen dürfen, die Wissenschaftsteams aus dem globalen Norden und Süden gemeinsam entwickeln? Forschende im Süden haben das Gefühl, dass sie die Knochenarbeit verrichten, während ihre Kollegen im Norden die Lorbeeren der Geber und Aufsichtsgremien ernten. Doch der Nutzen solcher Forschungsergebnisse ist davon abhängig, was die Beteiligten erwarten. «Der Geber erhofft sich vielleicht Anerkennung für die Mittelbeschaffung, der Forschende profitiert vielleicht, wenn er die Ergebnisse publiziert. Für die Forschergemeinde können Ergebnisse konkrete Möglichkeiten eröffnen», sagt Gyampoh.

Daten aus gemeinsamer Forschung sollten allen beteiligten Forschenden gehören und anderen möglichst bald durch Open Access zur Verfügung stehen. Doch wie das Wissen geteilt wird, hängt von der Art der Ergebnisse ab: «Gewisse Arten von Ergebnissen sind sehr komplex und sollten in erster Linie der Forschungsgemeinde zugänglich sein», ergänzt er.

Wem gehören die Ergebnisse?

Die Bill and Melinda Gates Foundation ist Teil des Partnerschaftsnetzes Global Grand Challenges, das drängende Herausforderungen im Gesundheits- und Entwicklungsbereich bewältigen will. «Alle Empfänger und Partner verpflichten sich, die durch Stiftungsgelder entwickelten Produkte und Kenntnisse allgemein und erschwinglich zugänglich zu machen - in einer Menge, Qualität und Frist, die gewährleisten, dass diejenigen wirklich davon profitieren, die sie am dringendsten benötigen», sagt Ayo Ajayi, Direktor des Africa Team, das bei der Gates Foundation für Policy, Advocacy und Regierungskontakte zuständig ist. «Wir sammeln und teilen kontinuierlich Daten über unsere Fortschritte, ziehen Lehren aus Erfahrungen und nehmen im Dialog mit Empfängern und Partnern Kurswechsel vor.» Publizierte Forschungsergebnisse sind rasch und breit zugänglich zu machen. Die Open-Access-Politik der Stiftung ermöglicht den unbeschränkten Zugang und die Wiederverwendung aller im Peer-Review-Verfahren veröffentlichten Ergebnisse, die ganz oder teilweise durch die Stiftung finanziert wurden, einschliesslich der dazugehörigen Daten.

Gyampoh betont, dass Forschungsdaten allen gehören. «In der fairen Forschung sind Fragen des geistigen Eigentums menschlich und im Bewusstsein

Wenn das Wetter gut ist, legt Roger, Techniker für medizinische Bildgebung, die frisch entwickelten Röntgenbilder zum Trocknen auf den Rasen.

Forschung direkt in der Dritten Welt zu betreiben, unter Beteiligung der lokalen Bevölkerung – zunächst paternalistisch, dann immer mehr partnerschaftlich. Trotz dieser Entwicklung bleiben Institutionen dieser Art in der Folge mit dem Vorwurf konfrontiert, als Sprungbretter zum Braindrain beizutragen.

1988 lancieren die Akademien der Naturwissenschaften die Idee der Forschungspartnerschaft mit Entwicklungsländern, bereits 1994 folgt die Einrichtung einer ständigen Kommission für solche Partnerschaften (KFPE).

[⊕] Im Lauf der zweiten Jahrhunderthälfte gibt es in der Entwicklungshilfe einen bedeutenden ideologischen Wandel – es wachsen Zweifel am «Fortschritts-Export» zum Wohl der Entwicklungsländer. Als wichtiger Auslöser gilt Garrett Hardins Essay über die «Tragedy of the Commons» (1968): Demnach werden frei verfügbare, aber begrenzte Ressourcen durch vom Westen induzierte Effizienzsteigerung zwangsläufig übernutzt.

2001

Der Nationale Forschungsschwerpunkt (NFS) «Nord-Süd» startet, womit auch der Bund die Bedeutung von Forschungspartnerschaften mit dem Süden unterstreicht. Der NFS bringt Forschende aus sechs schweizerischen Forschungsinstitutionen und rund 140 Partnerinstitutionen in Afrika, Asien und Lateinamerika zusammen und erarbeitet in dieser engen Zusammenarbeit konkrete Lösungen für ökonomische, soziale und ökologische Krisenfelder.

[⊕] Private Stiftungen spielen eine immer zentralere Rolle als Impuls- und Geldgeber bei der Erforschung von Problemfeldern der Dritten Welt, vor allem in Sachen Medizin und Ernährung. Nach gut 50 Jahren erreichen Organisationen wie die Nestlé Foundation for the Study of Problems of Nutrition in the World (seit 1965) und die Basel Foundation for Developing Countries (seit 1961, heute: Novartis Foundation) nun eine «kritische Masse» und sorgen für Kontroversen: Liegen die entscheidenden wissenschaftspolitischen Weichenstellungen noch in der Hand von Regierungen und internationalen Organisationen?

Roland Fischer ist freier Wissenschaftsjournalist in Bern.

anzugehen, dass eine solche Forschung allen zu Gute kommt», meint er. «Wer solche Daten ethisch und zum Wohl der Menschheit verwenden will, sollte dies dürfen. Natürlich ist auszuweisen, wer einen Beitrag zu den Daten geleistet hat.»

Pélagie Lefebvre ist Programmleiterin des International Development Research Centre (IDRC) in Kanada. Ihre Organisation schreibe nicht genau vor, wie Daten zu verwalten seien, und in den unterstützten internationalen Projekten habe sie unterschiedliche Gepflogenheiten im Umgang mit Forschungsdaten gesehen. In einem Fall unterzeichnete ein Team von Forschenden zu Beginn des Programms eine Vereinbarung, dass die Länderverantwortlichen die Daten in ihrem jeweiligen Land sammeln und publizieren dürfen. Dies schaffte klare Verhältnisse darüber, wem die Daten gehören. Normalerweise erwartet das IDRC, dass Forschungsprojekte in Publikationen mit Peer-Review-Verfahren veröffentlicht werden, es ermutigt aber die unterstützten Forschenden auch, Entscheidungsträger anzusprechen und ihre Ergebnisse der Allgemeinheit zugänglich zu machen.

> «In der fairen Forschung sind Fragen des geistigen Eigentums menschlich und im Bewusstsein anzugehen, dass eine solche Forschung allen zugute kommt.»
>
> Benjamin Apraku Gyampoh

Laut Odiaka werden die meisten Forschungsergebnisse in Peer-Review-Journals oder an Konferenzen veröffentlicht, was bedeutet, dass nur ein beschränktes Publikum erreicht wird. Das Teilen von Publikationen und Forschungsdaten steht nun also ebenfalls zur Diskussion.

Von Anfang an gleichberechtigt

«Für IDRC-Beiträge müssen Forschende aus Kanada und Entwicklungsländern gemeinsame Bewerbungen einreichen – ausgehend von bestehenden oder neu geschaffenen Partnerschaften», erklärt Lefebvre. Im Sinne einer gleichberechtigten Zusammenarbeit fordert das IDRC zwei Programmleitungen: eine in Kanada und eine im Entwicklungsland. Jede Leitung ist für ihr eigenes Budget verantwortlich und sorgt für eine Gleichbehandlung der wichtigsten Forschenden.

Gleichberechtigte Partnerschaften sind im Interesse der Geber und der Forschenden. Sonst besteht die Gefahr, dass die Gerichte eingreifen. Am 18. Juli 2014 wurden in einem wegweisenden Urteil des kenianischen Arbeitsgerichts sechs kenianischen Ärzten insgesamt 30 Millionen Kenia-Schilling (CHF 293 000) an Entschädigung zugesprochen, weil ihre Laufbahn in einer britisch-kenianischen Partnerschaft für medizinische Forschung durch «institutionellen Rassismus» behindert wurde. Das Gericht kam zum Schluss, dass die Ärzte während ihres Arbeitsverhältnisses beim Kenya Medical Research Institute Wellcome Trust Research Programme im kenianischen Kilifi «systematisch diskriminiert» worden waren.

Gemäss diesem Urteil wurden die sechs Ärzte bei Beförderungen und Förderbeiträgen übergangen, während sie für das Programm in Partnerschaft mit der Universität Oxford arbeiteten. Ihr Leben wurde beeinträchtigt «hinsichtlich Laufbahnentwicklung, Beitrag zu wissenschaftlichen Ergebnissen für das Land und Möglichkeiten, alternative Stellen und Förderbeiträge zu erhalten».

Die Lösung für die Zukunft liegt vielleicht in der Vergangenheit. Wie es Gilles Carbonnier und Tiina Kontinen in ihrem EADI-Strategiepapier 2014 mit dem Titel «Wissenschaft trifft Entwicklung?» formulierten: «Frühere Erfahrungen können neuen Akteuren helfen, Fehleinschätzungen und Fallstricke zu vermeiden, die jenen bekannt sind, die jahrzehntelang in diesem Bereich [Nord-Süd-Zusammenarbeit] tätig waren.»

Ochieng' Ogodo ist Regionalkoordinator der englischen Ausgabe für Subsahara-Afrika und News Editor bei SciDev.Net, einer gemeinnützigen Organisation mit Sitz in London, die News, Kommentare und Hintergründe zu Wissenschaft und Technologie über Entwicklungszusammenarbeit bereitstellt. Er arbeitet in Nairobi.

Unsicher und ohne Schutz balanciert das kleine Mädchen auf dem Stuhl. Das Röntgengerät ist relativ neu, doch die Mechanik ist bereits kaputt. Die Höhe kann nicht mehr verstellt werden.